

Heimleiter fordert mehr Personal und weniger Papierkram

Über ein Jahr nach der Annahme der Pflegeinitiative ist das Personal in Spitälern und Altersheimen weiterhin am Anschlag. Urs Schwarz, Leiter des Alterszentrums Ins, ist ernüchtert – und schlägt einen neuen Weg vor.

Interview: Carmen Stalder

Urs Schwarz, wie macht sich der Pflegenotstand im Alterszentrum Ins bemerkbar?

Urs Schwarz: Das beginnt damit, dass sich auf Inserate kaum noch Leute melden. Und wenn, dann über Temporärbüros. Auf diese Weise verdienen Pflegende einen beträchtlich höheren Lohn – und die Heime kostet es bis zu 100 Prozent mehr Entschädigung. Das macht den Markt kaputt.

Stellen Sie diese Personen aus Mangel an Alternativen trotzdem ein?

Wir haben uns entschieden, dieses Spiel nicht mehr mitzumachen. Wenn alle Heime mitziehen würden, bräche das System relativ schnell zusammen. Diese unglückselige Entwicklung ruiniert uns. Der Pflegenotstand macht sich aber noch anderweitig bemerkbar.

Wie?

Viele wenden sich vom Beruf ab, weil nichts passiert. Die Schweizer Stimmbevölkerung hat Ende 2021 die Pflegeinitiative angenommen, aber die Umsetzung ist schleppend.

Hat sich seither etwas zum Guten verbessert?

Das einzig Positive ist, dass die Initiative die Hoffnung beim Pflegepersonal noch einmal geschürt hat. Es hat wieder daran geglaubt, dass jetzt etwas geht. Bis die Ernüchterung gekommen ist.

Sie haben selbst Ja gestimmt?

Das ist so, allerdings habe ich schon damals befürchtet, dass es so herauskommt. Man sucht kurzfristige Lösungen, anstatt bei der Ursache des Problems anzusetzen.

Sie sagen, man setze am falschen Punkt an. Wieso?

Die angedachten Massnahmen sind nicht nachhaltig. Man erkennt zwar, dass es zu wenig Pflegepersonal hat. Aber man fragt sich nicht, warum das so ist. Für Millionen startet man eine Ausbildungsoffensive, die rein gar nichts bringt, solange die Arbeitsbedingungen nicht besser sind. Fälschlicherweise versteht man unter besseren Arbeitsbedingungen mehr Lohn, bessere Zulagen, frühere Dienstplangestaltung, höhere Aufstiegsmöglichkeiten. Im Alltag bringt all das aber keine Entlastung.

Hilft das nicht, die Attraktivität des Berufs zu erhöhen?

Kurzfristig schon. Doch die Pflegenden werden feststellen, dass sie mit mehr Lohn genauso wenig Zeit für die Bewohnenden haben. Die psychischen und gesundheitlichen Auswirkungen werden dadurch nicht weniger. Dabei wäre es so einfach: Könnten wir mehr Personal finanzieren, würde die Belastung auf mehr Schultern verteilt und wir könnten familienfreundli-



«Für Millionen startet man eine Ausbildungsoffensive, die rein gar nichts bringt», sagt der Leiter des Alterszentrums Ins. Bild: Jonas Scheck

chere Arbeitszeitmodelle umsetzen. Die Pflegenden hätten weniger Zeit für die Bewohnenden. Dann könnten wir uns die ganze Ausbildungsoffensive sparen. Das Personal würde freiwillig zurückkehren, wenn es seinen Beruf wieder so ausführen könnte, wie er sein sollte.

Konkret fordern Sie die Finanzierung eines höheren Stellenschlüssels. Der Kanton soll also für eine bestimmte Zahl von Bewohnenden mehr Personal finanzieren. Wie viele zusätzliche Angestellte benötigen Sie in Ins?

Es würde schon ausreichen, wenn wir vier Vollzeitstellen mehr finanzieren könnten. Theoretisch sind wir frei darin, den Stellenschlüssel so hoch hinaufzusetzen, wie wir das möchten. Aber wir können ihn nicht finanzieren.

Und wer soll die zusätzlichen Stellen bezahlen?

Die Millionen, die der Bund für die Ausbildungsoffensive aufwirft, könnte er für die Finanzierung eines höheren Stellenschlüssels einsetzen. Zudem bin ich überzeugt, dass wir sehr viele Ausgaben tätigen, die man sehr wohl hinterfragen darf – etwa Mittel, die in die IT geflossen sind.

Sie verlangen zudem einen radikalen Abbau der administrativen Aufgaben. Welchen Anteil an der täglichen Arbeit einer Pflegeperson nehmen diese ein?

Zwischen 20 und 30 Prozent gehen dafür drauf. Vor zehn Jahren war es noch halb so viel. Man wirft den Pflegeheimen gerne vor, dass der administrative Anteil hausgemacht sei. Dem widerspreche ich vehement. Die Pflegeheime haben nie ein elektronisches Patientendossier gefordert. Und was derzeit mit den MiGel-Abklärungen läuft, ist hanebüchen.

Worum geht es da?

Die Mittel- und Gegenstände-Abrechnung wurde bis vor zwei Jahren mit einer Pauschale abgegolten, das war sehr einfach. Dann kam die Krankenkassen-Lobby darauf, dass sie zu viel bezahlen. Neu müssen wir täglich für jeden Bewohner erfassen, was er an Produkten wie etwa Verbänden benötigt. Es ist unglaublich, was das für einen Zusatzaufwand mit sich bringt. Das Pflegepersonal sitzt immer länger am PC und muss immer mehr Berichte verfassen.

Was kommt dadurch zu kurz?

Es liegt kaum mehr drin, Gespräche mit den Bewohnenden zu führen. Man erledigt alle Aufgaben unter einem enormen Zeitdruck. Das wirkt sich auf die Gesundheit aus, was wiederum zu Ausfällen führt. Die, die noch da sind, müssen dann noch mehr übernehmen.

So dreht sich die Spirale ins Endlose.

Was macht das mit Ihrem Personal?

Die Leute sind frustriert. Die Beweggründe, warum sie den Beruf gewählt haben, können sie nicht mehr ausleben. In den allermeisten Fällen ist das der Kündigungsgrund.

Besteht auch die Gefahr, dass die Qualität der Pflege leidet?

Es ist unbestritten, dass die Qualität nicht auf demselben Niveau bleibt, wenn es zu wenig Personal gibt. Wir versuchen natürlich mit allen Mitteln, es nicht auf eine Ebene kommen zu lassen, auf der es unverantwortlich ist. In letzter Zeit gab es in den Medien wieder Negativbeispiele davon, wie Bewohnerinnen und Bewohner in Altersheimen aufgrund von Personalmangel mit Medikamenten rüggestellt werden. Das darf einfach nicht sein.

In einem Interview mit dem «Bieler Tagblatt» haben Sie letztes Jahr gesagt, dass auch in Ins zu viele Medikamente eingesetzt werden.

Ich möchte es anders sagen: Wir müssten weniger Medikamente geben, wenn wir genug Personal anstellen dürften. Und wenn alternative Medikamente finanziert würden.

Sie sprechen von Ihrem Pilotprojekt: Auf der Demenzabteilung wenden Sie seit zwei Jahren medizinisches Cannabis an.

Wir haben damit den Pflegepreis des Kantons Bern 2022 gewonnen. Sie finden es eine gute Sache, dass wir mit ärztlich begleiteter Cannabis-Abgabe dem Sedieren der Bewohnenden entgegenwirken. Das Problem ist aber auch da das Geld. Wir können das Projekt noch zwei Jahre finanzieren. Danach müssen wir weiter schauen.

Sie sind trotzdem zuversichtlich?

Der Durchbruch wird auf alle Fälle kommen. Cannabis ist ein uraltes Heilmittel. Wie bei allem ist es die Dosis, die es ausmacht. Und es wirkt, der Erfolg gibt uns recht.

Können Sie dafür ein Beispiel nennen?

Es gibt Bewohnerinnen und Bewohner, die wieder durchschlafen können. Manche sind ruhiger, weil sie keine Ängste mehr haben. Verkrampfte, spastische Personen sind entspannter. Und wir haben wachere Menschen, die wieder am Leben teilnehmen können.

Zurück zum Pflegenotstand. Sie sagen, es wäre ganz einfach: ein höherer Stellenschlüssel und weniger administrativer Aufwand. Wieso ist das bei den Entscheidungsträgern noch nicht angekommen?

«Cannabis ist ein uraltes Heilmittel.»

Darauf hätte ich selbst gerne eine Antwort.

Wird die Schwere der Situation immer noch nicht erkannt?

Dafür ist der Notstand zu offensichtlich. Doch es ist irgendwie die Krux in der Politik, dass man kurzfristige Lösungen sucht – insbesondere in einem Wahljahr. Um sich zu profilieren, statt nach nachhaltigen Wegen zu suchen.

Die Situation hat sich während der Pandemie zuspitzt. Jetzt ist Corona kaum mehr ein Thema. Hat sich die Lage dadurch nicht entschärft?

Nein, überhaupt nicht. In der Pandemie war innerhalb des Personals eine unglaubliche Solidarität zu spüren. Es hat zusammengehalten, in der Hoffnung darin, dass es wieder vorbeigeht. Dann ist das Gegenteil passiert: Die Pandemie ist zwar weitgehend durch, aber es sind keine besseren Zeiten gekommen.

Standen Sie schon einmal davor, den Bettel hinzuschmeissen?

Letztes Jahr war es die Hauptaufgabe der meisten Institutionsleitenden, zu schauen, selbst nicht zu frustriert zu sein, um weiterzumachen – und dann vor allem das Personal bei Stange zu halten.

Wie schaffen Sie das?

Man hat seinen Beruf hoffentlich nicht aus Profilierungssucht gewählt, sondern weil man für Menschen gerne etwas macht, was notwendig ist. Es klingt lapidar, aber wenn alle hinschmeissen: Wer macht es dann noch?

Und warum arbeiten Sie weiterhin in dieser Branche?

Ich möchte den Menschen ein Leben ermöglichen, das man als würdig bezeichnen kann. Und ihnen das zurückgegeben, was sie für uns gemacht haben. Ich denke immer daran, wie ich einmal betreut sein möchte. Geht es weiterhin in die Richtung, in die wir uns heute bewegen, würde ich mich davor fürchten.